

Philip Plickert
(Hrsg.)

MERKEL

EINE KRITISCHE BILANZ

Mit Beiträgen von
Thilo Sarrazin, Necla Kelek,
Cora Stephan, Norbert Bolz,
Roland Tichy und anderen

FBV

SPIEGEL
Bestseller

WERNER J. PATZELT

WOHIN STEUERT DIE UNION?

Die Kanzlerin hat ihre Partei in eine schwierige Lage gebracht

Schon Anfang Februar 2015 hatte sich Kanzlerin Merkel plötzlich unwohl gefühlt. Ende des Monats musste sie in eine Klinik; kurze Zeit später druckte man Nachrufe. Sie alle rühmten Angela Merkels beispielhafte Pflichterfüllung, lobten die verstorbene Kanzlerin als Meisterin umsichtiger Staatskunst, nannten sie ein Vorbild an Verantwortungsethik und Weitblick. Viele Deutsche fühlten sich verwaist beim Abschied von einer Kanzlerin auf dem Gipfel ihres Ansehens. Die CDU erinnerte sich stolz einer Vorsitzenden, die bei Bundestagswahlen ihre Partei verlässlich zu Siegen geführt und sie in der »Sonntagsfrage« der Meinungsforschungsinstitute viele Jahre lang auf über 40 Prozent gebracht hatte. Unangreifbar war sie als Anführerin Europas. Und auch wenn man sie in Südeuropa nicht sonderlich mochte, war sie in Deutschland die beliebteste Politikerin. Nur eine plötzliche Erkrankung konnte sie besiegen.

Eine Bilanz mit dunklen Flecken

Es kam anders. Noch viele Jahre voller Gesundheit und Tatkraft seien Angela Merkel gewünscht. Doch einst werden die Nachrufe auf sie anders klingen. Sie dürften handeln von Merkels Anteil am Auseinanderdriften Europas, an der finanziellen und emotionalen Überforderung des guten Willens der deutschen Einwanderungsgesellschaft, an der Entprofilierung der CDU, am Zulassen einer dauerhaften Konkurrenzpartei rechts der Union. Vielleicht wird Kohls Erbin als meist vorsichtige Bundesmutter erinnert werden, doch auch als Stiefmutter ihrer Partei.

Gewiss wollte sie deren Bestes, natürlich in Verbindung mit eigener Macht und persönlichen Möglichkeiten zu gestaltender Politik. Und sie versuchte ihre Stellung gerade auch mit dem Aufgeben solcher Positionen zu sichern, deren Verteidigung nicht länger zu lohnen schien. Doch manch verlassene Stellung gilt vielen Christdemokraten weiterhin als wichtig – aus sachlichen Gründen, wie beispielsweise die allgemeine Wehrpflicht und die Nutzung der Kernenergie, oder für die Seelen von Partei und Land, wie ein freudiges Bekenntnis zur traditionellen Familie, zur eigenen Kultur und zur deutschen Nation. Bei alledem scheint die Kanzlerin nach Meinung

vieler auch ohne den auf Eile drängenden Entscheidungszwang, wie bei der Euro- und der Flüchtlingskrise, falsch gehandelt zu haben – und auch bei der Auswahl von Bundespräsidenten oder beim Umgang mit der FDP als Koalitionspartner.

Und durchaus fremdeln lässt es mit der eigenen Vorsitzenden, wenn sie in Wahlkämpfen – wie 2016 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz – fast überschwängliches Lob vom politischen Gegner, wie den Grünen, für solche Politik bekommt, die – wie die Zuwanderungspolitik – in den eigenen Unionsreihen höchst umstritten ist, der neuen Konkurrenz von rechts aber ziemlich nützt. Da helfen auch rekordverdächtige Applaussequenzen für die Vorsitzende auf CDU-Parteitag nur wenig, auch nicht Ergebnisse bei der Vorsitzendenkür wie einst im Osten. Nicht wenige Beobachter halten das nämlich für eine Fassade, die mehr durch Parteidisziplin, Druck, Opportunismus und Feigheit ihrer innerparteilichen Gegner als durch belastbare Überzeugungen aufrechterhalten wird.

Erst das eigene Medienbild, dann mediengenährter Meinungsdruck – und am Ende das Schicksal der klassischen CDU: So kommt nicht wenigen die Ratio von Merkels Handeln vor, und zwar nicht nur bei der Flüchtlingspolitik. Allerdings beugt man sich solcher Führung, solange die CDU das sein kann, was sie am liebsten ist: ein Kanzler(innen)wahlverein.

Tatsächlich ist für Angela Merkel die CDU wohl eher eine Plattform denn eine politische Heimat. Deshalb geht sie mit ihrer Partei auch eher zweckdienlich als gefühlig um, obwohl auch sie von der Union gewiss eher geliebt als nur geachtet werden will. Ihr Werdegang zeitigt hier Folgen. Merkels Weg nach oben bahnen ja nicht JU-Seilschaften oder ein »Andenpakt«. Ihr Aufstieg gründet – nebst anfänglichem Zufall in der Wendezeit – auf der Protektion durch Kanzler Kohl für die politisch noch unerfahrene Frau aus der DDR, auf selbstbewusstem Auftreten in Führungskrisen wie der CDU-Spendenaffäre, auf großer Entschlusskraft beim Verdrängen von Rivalen. Stark machte die Generalsekretärin Merkel – neben politischer Klugheit – auch ihre Bereitschaft, sich von anderen unterschätzen zu lassen.

Doch nach vielen Amtsjahren als Kanzlerin schwächt sie der Glaube an die Alternativlosigkeit ihrer eigenen Politik, ihr Mangel an Verständnis für Konservative und Rechte, ihr stures Beharren auf der Richtigkeit auch emotional geprägter Schlüsselentscheidungen. Zu diesen zählen die riskante Energiewende und die noch viel riskantere, unkontrollierte und gerade nicht vom Ende her bedachte Grenzöffnungspolitik beim – von ihr selbst verstärkten – Flüchtlings- und Migrantenanandrang im Herbst 2015.

Vor allem für die letzteren Fehler bezahlt das Land. Das alles schürte nämlich Verlangen nach einer »Alternative für Deutschland«. Von der Merkel-CDU vergraulte Konservative machten die neue Protestpartei stark, freilich im Verein mit rechten Radikalen und auch Spinnern. Sie alle hatte die CDU – sich von SPD und Grünen treiben lassend – der AfD mit der Behauptung überlassen, da entstehe eine Partei von nichts als Rechten. Zudem stellte Merkels CDU alle Bemühungen ein, auch schwierige, unvernünftige Rechte noch an die Union als bestmögliche Partei rechts der

politischen Mitte zu binden. So wie Helmut Schmidts Realpolitiker-SPD einst Freiraum für die Entstehung und den Aufstieg der Grünen links der SPD geschaffen hatte, ließ Angela Merkel rechts viel Raum. Deshalb steht bei Schmidt wie Merkel am Ende ihrer Kanzlerschaften je eine innerlich beschädigte und kaum mehr ohne kompliziertes Koalieren regierungsfähige Kanzlerpartei.

Die Entfremdung der Konservativen und die CDU-Identitätskrise

Dabei zog sich Merkels CDU – anders als Schmidts SPD – ihre Blessuren nicht beim Abwenden vermeidbaren Schadens von Volk und Land zu. Sie tat das vielmehr durch Gewährenlassen problematischer Entwicklungen, zu denen sie – um kurzfristigen Popularitätsgewinns willen – gute Miene machte. Ikonisch wurde dafür Merkels »Selfie« mit einem lächelnden Flüchtling. Obendrein ließ die CDU-Vorsitzende Merkel nicht jene innerparteiliche Positionsbreite zu, die der SPD-Vorsitzende Willy Brandt – dem SPD-Kanzler Schmidt zum Ärger – unsichtig ermöglichte. Deshalb konnte die SPD, von ihrer Regierungslast nach Schmidts Sturz befreit, wieder ihrem inneren politischen Kompass folgen. Das tat vielen Sozialdemokraten gut, auch wenn der Kurs durch sechzehn Oppositionsjahre führte. Die Parteivorsitzende Merkel hat hingegen, um der eigenen Kanzlerschaft willen, der CDU ihren inneren Kompass entzogen und die innerparteiliche Vielfalt beschränkt.

Angela Merkel wollte, so die Begründung ihrer ersten Kanzlerkandidatur, »Deutschland dienen«. Doch fast scheiterte sie nicht nur am gewieften Wahlkämpfer Schröder, sondern auch mit einem CDU-Programm, das sehr wirtschaftsliberal war, auf Konsolidierung des Sozialstaats setzte, Zuwanderung viel eher als Problem denn als Problemlösung nahm. Zwangsweise ging die bei der Wahl fast Geschlagene in eine Koalition mit der SPD. Anschließend setzte sie weniger auf die Kunst des Kontrapunkts, sondern praktizierte die viel bequemere Anpassung an sozialdemokratische Positionen. Dazu verleitete sie auch einen Großteil ihrer Partei, war sie doch unglaublich populär geworden als Verkünderin der Wahrheiten aller politischen Glaubensrichtungen, soweit diese medial erwünscht waren.

Nur die wirklich Wert- und Kulturkonservativen, ihrerseits keine Lieblinge der Medien, wurden allmählich heimatlos. Das merkten zuerst die in der Union Aktiven, weil sie randständig wurden. Während der Merkel/Westerwelle-Koalition empfanden das auch viele im normalen Wahlvolk. Erst recht vollzog sich solche Entfremdung in Merkels zweiter Großer Koalition. Und zur inneren Kündigung vieler Konservativer kam es in Zeiten, da angesichts wachsender Sorgen um die Folgen der Euro-Rettungspolitik und ob des zunehmenden Migrationsdrucks der Kanzlerin nichts Besseres einfiel als die Ansage, wer Angst vor alledem bekunde, der trage nichts als Vorurteile, Kälte und Hass im Herzen.

Und so tat sich eine Repräsentationslücke rechts der nach links gerückten CDU auf. In dieser Lücke fand die AfD ein sie nährendes Soziotop. Auch entstand die Rede von der »Kanzler-Diktatorin«. Angela Merkel war eben doch keine »ideelle Gesamtpolitikerin« geworden, sondern nur zur Anführerin des »juste milieu« der Republik. Das aber ist nicht identisch mit der Gesamtklientel der CDU.

Deshalb findet sich die Union nun in einer Krise wieder, ähnlich der katholischen Kirche nach dem »Aggiornamento« des Zweiten Vatikanischen Konzils. Den einberufenden Papst konnte man bewundern und lieben; die von ihm ausgelöste Orientierungs- und Identitätskrise machte das aber nicht leichter erträglich. Zwar sind solche Umbruchs- und Aufbruchszeiten immer wieder notwendig, desgleichen Leute, die deren Herausforderungen nicht scheuen. Doch während eine Kirche, und sei es eine politische Kirche wie manche linke Partei, sich dann immer noch am gemeinsamen Glauben festhalten kann, also »nur« um dessen Auslegung streitet, verhält sich das bei einer Partei wie der CDU recht anders. Die kreiste nämlich nie um Programme, sondern stets um Personen, denen man einen klaren inneren Kompass und die Fähigkeit zutraute, dem Weg zu folgen, den ihr Kompass wies.

Schwinden aber in der Anpassungskrise einer solchen Partei jene Selbstverständlichkeiten, die über lange Zeit sedimentiert sind, dann entstehen so schnell keine neuen mehr. Dann verbindet nur noch die Loyalität zu Personen. Diese kann brüchig werden. Sie kann aber auch zum Sprengsatz werden, sobald plausibler Streit darüber entsteht, wer die Partei fortan wohl in eine Sackgasse oder aus dieser herausführen wird. Eben dieser Streit wird aufkommen, sobald Merkel aufhört, der Schlussstein im wackelig gewordenen CDU-Gewölbe zu sein.

Wohin kann es gehen, welche Koalition soll es nach 2017 sein?

Gerade als wichtige Mitverursacherin dieser Parteikrise hatte die Parteivorsitzende die Pflicht, 2017 noch einmal als Kanzlerkandidatin anzutreten. Auch ist sie nicht nur weiterhin die populärste Politikerin ihrer Partei, sondern war mit ihrer Politik der Euro-Rettung, der Zuwanderungspermissivität und des falschen Reagierens auf den Pegida-/ AfD-Komplex auch persönlich verantwortlich dafür, dass die CDU überhaupt wieder als besiegtbar erscheinen konnte. Nicht anzutreten, wäre pflichtvergessener Fahnenflucht gleichgekommen. Das aber passt nicht zur Kanzlerin. Freilich täte es ihr gut, wenn sich zur Pflichterfüllung wieder echte »Lust aufs Dienen« gesellte.

Doch wahrscheinlich muss sie das Schicksal aller bundesdeutschen Kanzler erleiden: Solange sie wählerattraktiv sind, müssen sie als Zugpferde dienen; doch irgendwann werden die Wagenbesatzung oder die Zuschauer des Zugpferds überdrüssig. Dann treibt das Schwinden parlamentarischer oder innerparteilicher Unterstützung zum Rücktritt, oder erzwingt eine Wahlniederlage den Amtsverlust.

Doch obwohl – trotz des durch einen Medienhype Anfang 2017 beflügelten Schulz-Aufschwungs der SPD – der CDU wohl doch kein Wahlsieg der Sozialdemokraten droht, ist die CDU-Vorsitzende in keiner angenehmen Lage. Eine absolute Unionsmehrheit im Bundestag ist in weiter Ferne. Also müssen im Wahlkampf durch Tun oder Lassen die Weichen auf eine Koalition gestellt werden, deren Zustandekommen nicht den Vorwurf eines »Wählerverrats« auslöst. Doch das gleicht der Quadratur des Kreises.

Den Verbleib der AfD auf einem realpolitischen, sie nicht zur »NPD light« wandelnden Kurs vorausgesetzt, wird es diese rechte Konkurrenzpartei der CDU weiter stärken, wenn die Union eine Fortsetzung der Koalition mit der SPD eingeht. Die AfD wirkte dann erst recht als »notwendiges Korrektiv« einer »dauerhaft sozialdemokratisierten« CDU. Doch es würde die AfD ebenfalls stärken, unter den jetzigen Umständen auf ein schwarz-grünes Bündnis auszugehen. Zwar hat Angela Merkel einige Zeit damit geliebäugelt, erstmals auch im Bund eine schwarz-grüne Koalition zu schmieden. Doch nicht nur viele traditionelle CDU-Wähler stehen den Vorstellungen der Grünen weiterhin distanziert bis ablehnend gegenüber, sondern es erkennen – weit über den Kreis professioneller Politikbeobachter hinaus – auch viele Wahlberechtigte, dass ebenfalls die Grünen hinsichtlich eines solchen Bündnisses sehr gespalten sind. Das machte eine solche Koalition, falls überhaupt als Zweierbündnis möglich, sehr riskant. Außerdem empfanden viele bereits das Bündnis mit der doch im Vergleich mit den Grünen klar »realpolitischeren« SPD als für die »klassische CDU« viel zu profilabschleifend. Und eine der CDU-Klientel willkommene Migrations- und Integrationspolitik, also eine CDU-kompatible Gestaltung des wichtigsten innenpolitischen Politikfelds der nächsten Jahre, ließe sich mit den Grünen ohnehin nicht leisten.

Gewiss könnte die Union eine erneute Koalition mit der FDP einzugehen versuchen. Doch anders als 2009 werden die Liberalen nicht bereitwillig die Hand danach ausstrecken. Viele FDP-Leute haben seit dem Scheitern ihrer Partei bei der Bundestagswahl von 2013 die Jahre der schwarz-gelben Koalition in traumatischer Erinnerung. Zwar hat die FDP selbst viele Fehler gemacht. Sie hat nicht nur jenen großen Vertrauensvorschuss verspielt, den ihr 2009 die Wähler mit überaus gutem Ergebnis gaben – etwa dadurch, dass sie ihre tüchtigsten Innenpolitiker als Außen- und Entwicklungshilfeminister in die weite Welt gehen, nicht länger aber in Deutschland punkten ließ. Zu Hause aber gab die CDU, sozialdemokratisiert und somit ihren liberalen Wurzeln entfremdet, der FDP allzu wenige Möglichkeiten zur positiven Profilierung. Etwa wurden ihr bei der Steuerpolitik keine plausiblen Zugeständnisse gemacht, und obendrein ließ die CDU im Wahlkampf von 2013 die FDP im Kampf gegen den Abwärtstrend allein.

Diese schlechten, traumatischen Erfahrungen der Liberalen aus der einstigen »Traumkoalition« steigern aber den politischen Preis eines neu umworbenen Partners, zumal der sich inzwischen weniger gemocht denn gebraucht fühlt. Noch ist aber ohnehin unsicher, ob die FDP wirklich in den Bundestag gelangen wird. Ziemlich sicher ist hingegen, dass eine – aufgrund des wahrscheinlichen Einzugs der AfD –